

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Eduard Schönbach, Dresden,
Kauf der Arbeiter, Einzelhändler
und Buchhändler L. O. Dresden,
Verleger Krubok, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Einnahmen irgendwelcher Art ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, das der Verleger der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Grundpreis einschließlich Postgebühr mit der täglichen Unterhaltungsbeilage (Sonntag, Feiertag, außerdem Welt und Weltzeitung) 2,00 Mk., halbjährlich 1,20 Mk., Einzelnummer 10 Pf.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 11, Dresden, Nr. 5261. Sprechstunde zur Wochentagszeit von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftlicher Wettinerplatz 10, Dresden, Nr. 5261 und 1270. Geschäftszeit von 9 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Einzelnenpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Hauptzeitschrift 35 Pf., die 90 mm breite Beilage 20 Pf., für auswärtige Abonnenten 40 Pf. und 250 Pf. Familienabgabe. Stellen- und Dienstgeschäfte 40 Pf. Rabatt. Für Fernüberlegung 10 Pf.

Nr. 134

Dresden, Mittwoch den 12. Juni 1929

40. Jahrgang

Eine erste Tat der Arbeiterregierung!

Ratifizierung des Achtstundenabkommens

T. Genf, 11. Juni. (Fig. Drahtbericht.) Auf der Arbeitskonferenz wurde am Dienstag von dem englischen Regierungsvorsteher die Stellung der britischen Arbeiterregierung zur Frage des Achtstundentages bekanntgegeben. Der englische Regierungsvorsteher erklärte:

„Ich bin autorisiert, mitzuteilen, daß die englische Regierung die Absicht hat, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um baldigst die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über die Arbeitszeit vorzunehmen.“

Diese Ratifizierung wird, wie der englische Regierungsvorsteher erläuterte, fortgesetzt, vorbehaltlos sein. Sie wird sich bezüglich der umstrittenen Punkte des Washingtoner Abkommens an die Vereinbarung der Arbeitsminister vom Jahre 1926 halten. Im übrigen kündigte der britische Regierungsvorsteher die Ratifizierung des Abkommens über die Mindestlöhne und über die Ausweitung der Seelente an. Die Arbeitergruppe der Konferenz sandte Macdonald und dem englischen Arbeitsminister Frau Bondfield ein Telegramm, in dem das Versprechen der baldigen Ratifizierung unterstrichen wurde.

Die englische Delegation ließ verkünden, die britische Ratifizierung brauche nicht durch das Parlament zu erfolgen, sondern könne vom Kabinett auf dem Verordnungsweg vorgenommen werden.

Im übrigen ist aus der Debatte vom Dienstag ein hartes Bekenntnis des britischen Regierungsvorstehers, des sozialdemokratischen Finanzministers Ramsay MacDonald, zur internationalen Sozialpolitik bemerkenswert. Daraus geht hervor, daß die Sozialisten keine wirkliche Belastung der Wirtschaft bedeuten, sondern nur eine andere Verteilung der Wirtschaftsergebnisse. Der Teil des Einkommens, der für Sozialleistungen aufgewendet würde, diene in Wirklichkeit zur Stärkung der Produktivität der Gesamtwirtschaft.

Die Taktik der Liberalen

S. London, 11. Juni. (Fig. Drahtbericht.) Das Verhalten der liberalen Führer seit den Neuwahlen ist am Dienstag zum ersten Male durch einen Brief durchbrochen worden, den der Vorsitzende der liberalen Parteioberorganisation, Sir Herbert Samuel, an den liberalen Unterhauskandidaten für die Nachwahl in Rugby gerichtet hat. Sir Herbert Samuel betont in diesem Briefe, daß die Arbeiterregierung voll Gelegenheit haben werde, ihre Pläne durchzuführen. Solange sie nicht ausgesprochen sozialistische Maßnahmen einleite, könnten ihre Arbeiten mit einer günstigen Aufnahme im Unterhause stattfinden. Versage die Arbeiterregierung oder, so dürfe die liberale Partei ebenfalls Wiedereintritt einer konservativen Regierung wie des gegenwärtigen Kabinetts lauten. Die liberale Partei müsse sich entsprechend bereit halten.

Aus dem Brief geht hervor, daß die Liberalen die Regierung Macdonald „tolerieren“ (dulden) werden. Bei Mißtrauensanträgen der Konservativen werden sie sich demnach der Stimme enthalten oder dagegen stimmen. Sie selbst werden nur gegen die Regierung stimmen und dadurch ihren Einfluß herbeiführen, wenn sie „sozialistische Maßnahmen“ einleitet. Was die Liberalen als sozialistische Maßnahmen annehmen werden, steht nicht fest, sondern hängt ganz von den Umständen ab. Wichtig ist allein, ob ihnen ihre Kandidaten bei Neuwahlen günstig erscheinen oder nicht. Daß sie mit ihren 58 Sitzen von 615 bald „günstige Aussichten“ hätten, glauben sie natürlich selber nicht. Die Liberalen sind von der schrecklichen Entwicklung aus der Macht ausgeschaltet — und werden es wohl bleiben. Nur als Koalitionspartner wären denkbar, aber die Konservativen wollen sie nicht und die Arbeiterpartei noch weniger. Immerhin geben sie mit ihren 58 Stimmen zwischen den 288 Stimmen der Arbeiterpartei und den 259 Stimmen der Konservativen im Unterhause den Ausschlag. Wie sie diese Position handhaben werden, wird bestimmt für ihr Schicksal sein.

Vervollständigung der Regierung

S. London, 11. Juni. (Fig. Drahtbericht.) Ministerpräsident Ramsay MacDonald hat vor seiner Abreise nach Schottland noch 21 Namen neu befehlet. Die meisten der Ernennungen betreffen Posten, die nach den kontinentalen Modellen nicht Ministerposten im engeren Sinne des Wortes sind, sondern politischen Staatssekretären und Unterstaatssekretären entsprechen, in Großbritannien jedoch Ministerposten besitzen. Staatssekretär im Außenamt wurde Dr. Dalton; der Abgeordnete Bethel Lawrence wurde zum Staatssekretär im Schatzamt ernannt. Das ebenfalls wichtige Amt eines Staatssekretärs im Ministerium

für Volksgesundheit wurde Frau Suzanne Lawrence übertragen. Interesse verdient ferner die Berufung des ehemaligen Staatssekretärs im Außenamt Bonsonby zum Staatssekretär im Kolonialministerium und des Gewerkschaftsführers Schinwell, eines ehemaligen Schneiders im Außenamt von London, auf den Posten des Staatssekretärs im Kriegsministerium. Schinwell hatte in der ersten Regierung Macdonald den Posten eines Vergabeministers inne. Der ehemalige liberale Gesundheitsminister Dr. Addison, seit einigen Jahren Mitglied der Arbeiterpartei, hat auf besonderen Wunsch Macdonalds den Posten des Unterstaatssekretärs im Ackerbauministerium angenommen.

Inkraftsetzungs-Konferenz

J. Madrid, 11. Juni. (Fig. Drahtbericht.) Am Dienstag, nachmittags fand die erste Unterredung zwischen Briand und Stresemann statt. In der dreiviertelstündigen Unterredung wurden — wie Briand und Stresemann erklärten — alle die beiden Länder betreffenden Probleme erörtert.

Bis 1. August Verständigung über die Räumung

P. Paris, 12. Juni. (Fig. Funkbericht.) Die Unterredung zwischen Briand und Stresemann, der noch eine Reihe weitere folgen werden, soll, wie von französischer halbamtlicher Seite verlautet, eine prinzipielle Einigung über die Prozedur der Inkraftsetzung des Sachverständigenplanes und der Räumung des Rheinlandes ergeben haben. Danach sollen zunächst die Verhandlungen über die Kontroll- und Schlichtungskommission im Rheinland abgeschlossen werden, damit Deutschland ein Räumungsverprechen erhalten und den Sachverständigenplan ratifizieren könne.

Es soll dann die internationale Konferenz der Regierungen, die die Inkraftsetzung des Planes und die Räumung selbst offiziell beschließen soll, nachfolgen. Die beiden Minister seien sich am Dienstag in Madrid darüber klar geworden, schreibt der Matin, daß sie auf der jetzigen Tagung eine beträchtliche Vorarbeit leisten müßten, damit das Programm reibungslos bis zum 1. August, also innerhalb einer Frist von 50 Tagen, abgewickelt werden könnte. Briand soll zwar, wie Echo de Paris behauptet, von der französischen Regierung die Instruktion erhalten haben, sich in Madrid noch nicht zu binden, aber das hindere nicht, daß die Macht der Ereignisse eine schnelle Abwicklung erzwingt.

Weiter wird von französischer halbamtlicher Seite erklärt, daß das Organisationskomitee der Internationalen Reparationsbank, dessen Zusammensetzung im Sachverständigenbericht genau bestimmt ist, schon in aller nächster Zeit zusammentreten soll, um alle Einzelfragen der inneren Organisation zu regeln. Es soll damit ermöglicht werden, daß die Bank sofort nach Inkraftsetzung des Sachverständigenplans durch die interessierten Regierungen ihre Tätigkeit aufnehmen und nach der Räumung des Rheinlandes die erste Emission zur Mobilisierung des ungeschützten Teiles der deutschen Schuld ausführen kann.



Ramsay MacDonald, der Minister für öffentliche Arbeiten im Kabinett Macdonald, ist einer der interessantesten Köpfe in der neuen englischen Regierung. Er war der Führer der Londoner Arbeiterbewegung.

Keine voreilige Steuererleichterung!

Von Wilhelm Keil, M. d. R.

Schon lange, bevor mit einem Erfolg der Pariser Reparationsverhandlungen zu rechnen war, bemühten sich eifrige Interessenten, das Fell des Bären zu verteilen. Die parlamentarischen Vertreter des Großkapitals und der Großindustrie standen dabei vornan. Komme es zu einer Herabminderung der Reparationslasten, so müsse sofort die „Entlastung der Wirtschaft“ eintreten, die zur Förderung der Kapitalbildung notwendig sei. Kein Pfennig von den freiverwendenden Mitteln dürfe für irgendwelche anderen Zwecke verwendet werden! So hört man es seit Monaten aus dem Munde der Steuerfachverständigen der Demokraten und der Volksparteier, zum Teil auch der Deutschnationalen, so liest man es tagtäglich in ihrer Presse.

Nachdem nunmehr Paris ein positives Ergebnis gebracht hat, wird der innerpolitische Kampf um die Entlastung in aller Schärfe entbrennen. Mit der Ratifizierung des Young-Plans werden von den 2 1/2 Milliarden Mark, die Deutschland auf Grund des Dawes-Planes im Etatsjahr 1929 zu zahlen gehabt hätte, rund 500 Millionen Mark frei, im Etatsjahr 1930 verringert sich die Reparationslast um rund 800 Millionen Mark. Ginge es nach den Wünschen der Anwälte des Großkapitals, so würde bereits am 1. September d. J. eine Senkung der Besitzsteuern um jene 500 Millionen Mark und am 1. April 1930 um weitere 800 Millionen Mark pro Jahr in Kraft treten.

Eine merkwürdige Sinneseart läßt diese Kreise die These aufstellen, daß die Entlastung, die einem besiegten und tributpflichtig gemachten Volke gewährt wird, nicht etwa den notleidendsten, sondern den reichsten Schichten zugute kommen müsse. Sie haben jedoch ihre Pläne schon ein wenig zurückgeschraubt müssen. Nach Aufhebungen, die in der letzten Finanzdebatte im Haushaltsausschuß des Reichstages fielen, wollen sie gnädig die bis zum 1. April 1930 freiverwendenden Beträge dem Reiche belassen. Von da an aber soll die Entlastung restlos der Steuererleichterung dienen. Kein Pfennig neuer Ausgaben dürfe mit Rücksicht auf die Reparationsverleicherungen beschlossen werden, verkündete der Redner der Demokratischen Partei. Technisch Anordnungen hörte man aus dem Munde des Vertreters der Deutschen Volkspartei. Es war eine erfreuliche Erscheinung, daß die Redner fast aller übrigen Parteien dieser Auffassung entschieden widersprachen. Die Sozialdemokratie hielt mit allem Nachdruck an der Auffassung fest, die sie seit Monaten immer wieder vertreten hat, daß die erste und dringlichste Aufgabe die Sanierung der Reichsfinanzen und der Reichskasse sei.

Als eine ungeheuerliche Fribolität würde es von der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes empfunden werden, wenn nach den finanzpolitischen Erfolgen der letzten Monate und Wochen die erste Folge der außenpolitischen Entlastung nicht die Sanierung der Finanzen, sondern eine Steuerermäßigung für den Besitz wäre. Die Finanzen des Reiches sind seit geraumer Zeit in bedenklicher Verfassung. Von den Finanzfachverständigen der Parteien des verlassenen Bürgerblocks ist der gegenwärtigen Regierung bezeugt worden, daß sie ein Verschulden an dieser Finanzlage nicht trifft. Aber die Finanznot besteht. Der Etat für 1928 hat, wie von der Sozialdemokratie bei seiner Verabschiedung vorausgesagt worden ist, ein Defizit von 155 Millionen Mark gebracht. Der Etat für 1929 ist so knapp bemessen, daß er gleichfalls zu einem Defizit führen müßte, wenn er unverändert ausgeführt würde. Unter den Abstrichen, die an den Ausgaben dieses Etats vorgenommen worden sind, befinden sich zahlreiche größere Postitionen, wie Kanalbauten, Erstellung von Verwaltungsgebäuden usw., die in nächsten Jahre wiederkehren und den Etat belasten werden. Man spricht von weiteren großen Hilfsmahnahmen zugunsten der Landwirtschaft, man stellt Anträge auf Schaffung eines Kleinrentnergesetzes, man will Eisenbahnen in den Grenzgebieten bauen, man diskutiert über den Bau eines großen Straßennetzes durch ganz Deutschland für den Kraftwagenverkehr. Wie diese und viele andere zukunftsreiche Ausgaben finanziert werden sollen, ohne auf die Reparationsentlastung zurückzugreifen, ist ein Problem, das das Geheimnis der Träger dieser Pläne.

Sinnlos kommen die großen Rassen Schwierigkeiten der Reichsfinanzverwaltung. Der Versuch, einen Teil der kurzfristigen Kredite, die bisher in Anspruch genommen wurden, mit Hilfe der steuerfreien Reichsanleihe in langfristige zu verwandeln, ist schlecht gelungen. Das magerere Ergebnis dieser Anleihebeziehung hat den Reichsfinanzminister von den Rassenmühen nicht befreit. Zu absehbarer Zeit kann der Versuch, eine innere Anleihe aufzunehmen, nicht wiederholt werden. Der Kapitalmarkt des Auslandes wird für die Zwecke der Deutschen Reichsbahn und für andere große Aufgaben so stark in Anspruch genommen werden, daß auch auf diesem Wege eine Milderung der Rassenmühen nicht erreichbar ist. Unter diesen Umständen bleibt nichts anderes übrig, als auch die Rassenlage mit Hilfe der langsam anwachsenden Reparationsrücklage in Ordnung